

Information hebdomadaire 38/88**Wirtschaftspolitische Gespräche Schweiz-BRD: Besuch von Staatssekretär Schlecht (S) vom 22. September 1988 in Bern**

Im Rahmen regelmässiger Kontakte auf Staatssekretärebene wurde S am 22. September 1988 von Staatssekretär Blankart (B) zu ausführlichen Gesprächen empfangen.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

Europabericht des Bundesrates:

B erläuterte Grundphilosophie des Europaberichts: Schweizer Wille zur sektoriell-vertieften Zusammenarbeit, auf Grundlage ausgewogener gegenseitiger Rechte und Verpflichtungen; Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit; Skepsis gegenüber Konzepten wie global (Oesterreich)/broad (Schweden) approach, wohl aber Bereitschaft, eng mit EFTA-Partnern zusammenzuarbeiten, wo gemeinsame Interessengrundlagen vorhanden.

S betonte Verständnis für politische Gründe, die Schweiz von EG-Beitritt abhalten. Er hält Schweizer Integrations-Strategie für erfolgversprechender, als die Suche nach neuen institutionellen Formeln. Einem allfälligen österreichischen EG-Beitrittsgesuch stünde BRD offen gegenüber, doch hält S für wenig wahrscheinlich, dass EG einem Beitritt mit Neutralitätsvorbehalt zustimmen würde.

EG ist bereit, Zusammenarbeit mit EFTA-Ländern pragmatisch zu vertiefen, auch wenn wegen Priorität des Binnenmarktprogramms mit Verzögerungen zu rechnen sei. Neue EG-Strategie, Rechtsharmonisierung auf Mindestanforderungen zu beschränken und gegenseitige Anerkennung nationaler Regelungen zu fördern, sollte auch Zusammenarbeit mit Drittstaaten erleichtern.

EG-interne Entwicklung:

S äusserte sich befriedigt über erfolgreiche deutsche EG-Präsidentschaft. Anwendung von Mehrheitsentscheiden im Rat lasse kontinuierliche Fortschritte bei Verwirklichung des Binnenmarktes erwarten.

Als heikle Probleme mit ungewissen Erfolgsaussichten betrachtet S Harmonisierung der indirekten Steuern (Grundsatzentscheide kaum vor 1992 zu erwarten) sowie Beseitigung der Personenkontrollen (unklar, ob gemeinschaftsweit zu verwirklichen). S Schliesst auf letzterem Gebiet, aber auch in andern Bereichen (z.B. währungspolitische Zusammenarbeit) ein Europa der 2 Geschwindigkeiten nicht aus.

Schweizer Beitrag zur N/S-"Kohäsion" der EG?

Spanische Forderungen nach EFTA-Massnahmen zugunsten südlicher EG-Länder - als Gegenleistung für EG-Marktöffnung - werfen Frage nach der Art solcher Massnahmen auf. S teilt Schweizer Auffassung, dass Beteiligung an EG-Strukturfonds für Nichtmitglieder nicht in Frage kommt. Für Forderungen nach Landwirtschaftskonzessionen ist wegen laufender GATT-Verhandlungen Zeitpunkt schlecht gewählt. Nach deutscher Auffassung könnte EFTA mit einseitiger autonomer Zollsenkung gegenüber Spanien ein Zeichen setzen. B legt dar, dass solche Geste nur möglich wäre, wenn parallel von restlichen EG-Mitgliedstaaten mitvollzogen.

Von weiteren Themen (GATT, bilaterale Fragen, Wirtschaftsentwicklung) verdient noch Verkehrsproblematik Erwähnung: Deutsche Seite bringt den von Schweiz vorgebrachten Argumenten gegen Strassenkorridor für 40t-Lastwagen Verständnis entgegen, betont jedoch Notwendigkeit einer raschen Lösung durch Ausbau kombinierten Verkehrs Schiene/Strasse. Andernfalls Gefahr, dass politischer Druck für Retorsionsmassnahmen nicht abzuwehren.

Gespräche des Direktors für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst in Wien.

Der Aufenthalt von Botschafter J. Manz in Wien vom 14. - 19.9.1988 diente einerseits der Inspektion unserer drei diplomatischen Missionen bzw. Delegationen (Botschaft, multilaterale Mission, KSZE-Delegation) und andererseits bilateralen Gesprächen mit seinem österreichischen Amtskollegen.

Die Inspektion bezog sich sowohl auf Personal- und Organisations-, als auch auf Gebäude- und Einrichtungsfragen. Botschafter Manz besichtigte sämtliche Gebäude und führte eingehende Gespräche mit den Missions- bzw. Delegationschefs und den dort tätigen Beamten und Angestellten; letzteres kollektiv sowie - auf Wunsch - auch individuell. Diese persönlichen Kontakte haben sich erneut als nützlich und dem gegenseitigen Verstehen und Vertrauen zuträglich erwiesen. Verschiedene Probleme konnten gelöst oder deren Lösung in die Wege geleitet werden, wobei auch die Funktion der DVA als Bauherrschaft unterstrichen wurde.

Der regelmässige Erfahrungsaustausch hoher Beamter der MAE Oesterreichs und der Schweiz wurde vor einigen Jahren institutionalisiert. Auf dem Gebiet der Verwaltungsdirektoren schuldete das EDA dem Ballhausplatz seit 1983 einen Gegenbesuch, den die Oesterreicher wiederholt wünschten. Für seine über neunstündigen Gespräche mit Botschafter D. Bukowski, Leiter der administrativen Sektion, sowie zahlreicher seiner Mitarbeiter war Botschafter Manz begleitet durch den schweizerischen Botschafter in Oesterreich, J.-P. Ritter, sowie die Herren M. Kaiser, Chef der Personalsektion und J. Doswald, Leiter des Dienstes für verwaltungsrechtliche Angelegenheiten. Es hat sich gezeigt, dass ein Gedankenaustausch der Verwaltungsdirektoren - angesichts der uns beschäftigenden und noch auf uns zukommenden Probleme (Stellung der Angehörigen, Sicherheit, EDV u.a.) - notwendig

und - sofern minutiös vorbereitet - sinnvoll ist. Zentrales Problem stellte auch hier - wie in den meisten ähnlichen Gesprächen - die Stellung der Angehörigen von versetzbaren Beamten bzw. deren Verbesserung dar. Auch Wien verfügt seit einem Jahr über ein dem VEEDA analoges Gremium und überlegt sich - wie wir - die Schaffung einer Art Familiendienst im MAE. Auf diesem wichtigen Gebiet sowie auf demjenigen der Informatik und der Sicherheit werden die Kontakte in Zukunft besonders eng sein.

Gespräche in Bern mit David Ratford (R) Deputy political Director for European Political Affairs, FCO, 22. September 1988

Meinungsaustausch R mit Botschafter J. Staehelin (Europäische Zusammenarbeit, Situation in Osteuropa, bilaterale Beziehungen) und Botschafter Muheim (friedenserhaltende Operationen).

Europäische Zusammenarbeit:

Die aufsehenerregende Rede von Premierministerin Thatcher in Brügge darf laut R nicht falsch verstanden werden. Die Zugehörigkeit zu Europa und zur EG ist heute in GB eine unverrückbare Realität und wird von niemandem mehr ernsthaft in Frage gestellt. Bei den letzten britischen Wahlen war die EG-Zugehörigkeit erstmals kein Wahlthema mehr. Erstmals haben sich kürzlich auch die britischen Gewerkschaften ausdrücklich zur EG bekannt. Der britischen Premierministerin geht es vielmehr um eine klare Absteckung und Ausgrenzung der möglichen zukünftigen EG-Zusammenarbeit. Namentlich wehrt sich London gegen einen zunehmenden EG-Zentralismus, eine Bürokratisierung und vor allem auch eine verstärkte Regulierung in Europa. Dies sowohl auf nationaler als auch auf EG-Ebene. Frau Thatcher, die sich während ihrer gesamten Amtszeit gegen staatlichen Interventionismus und Dirigismus gewehrt hat, will den Erfolg ihrer Politik nicht durch die Politik Brüssels vereitelt sehen. Klarer Beweis, dass Europa immer mehr zur Realität wird, ist nicht nur der in Konstruktion begriffene Binnenmarkt, sondern auch das stark gewachsene EG-Interesse der Nicht-EG-Mitglieder. In Grossbritannien hat man grosses Verständnis für die schweizerische EG-Haltung und bezeichnet sie als realistisch und konstruktiv.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) wird auch in London für ein wichtiges Element europäischer Zusammenarbeit gehalten und trotz gewisser Schwierigkeiten (langsamer Entscheidungsprozess, da auf Konsens-Prinzip, d.h. die Entscheidungen folgen dem kleinsten gemeinschaftlichem Nenner) als grundsätzlich sehr positiv beurteilt. Europas Stimme in der Welt wird durch die EPZ insgesamt verstärkt. Dies gilt namentlich für die mittleren und kleineren EG-Staaten. Die EPZ gibt den einzelnen Mitgliedern auch grösseren Manövrierraum (z.B. Aufnahme diplomatischer Beziehungen Spaniens mit Israel; Einsatz im persischen Golf). London ist über die Revitalisierung der WEU sehr erfreut. Wichtig ist für London, dass die transatlantische Allianz durch die WEU gestärkt und nicht geschwächt (europäischer Beitrag zum burden sharing) und gleichzeitig Frankreich vermehrt in die Allianz miteingebunden wird.

Europarat:

R steht den schweizerischen Ideen betreffend eine verbesserte Ausgestaltung der Zusammenarbeit Europarat-EG positiv gegenüber. Der Europarat könne zweifellos gewisse spezifische Aufgaben besser wahrnehmen als die EG (Marktnischen). Dabei dürfe man jedoch nicht in den Fehler verfallen, dem Europarat künstlich neue Aufgaben übertragen zu wollen. R teilt die schweizerische Auffassung, dass der Europarat die EG nicht konkurrenzieren sondern ergänzen müsse. Die EG-Mitglieder sollten sich des Europarates, wo möglich, aber auch als Instrument tatsächlich bedienen (z.B. GB hat Priorität für Behandlung der Medienkonvention im Europarat und nicht in der EG).

Friedenserhaltende Operationen:

R begrüsst die schweizerischen Pläne zum verstärkten Engagement, sowohl was die finanzielle als auch die materiell/personelle Unterstützung anbetrifft. In London ist man besorgt über die eskalierenden Kosten der friedenserhaltenden Operationen, namentlich auch über die Kosten der Aktionen in Namibia, wo eine schweizerische Beteiligung zur Diskussion steht.

Osteuropa:

R teilt die schweizerische Analyse: Viel Glasnost - wenig Perestroika. Entscheidend wird sein, ob in der Wirtschaftsreform tatsächlich substantielle Fortschritte erzielt werden können. Die neue sowjetische Haltung im Bereiche der Glasnost, in der Aussenpolitik (Detente mit Washington, Regionalkonflikte, namentlich Afghanistan, positive Haltung in UNO und Annäherung an EG) werden zwar als sehr positiv beurteilt, dürfen aber nicht überschätzt werden. Er will auch nicht ausschliessen, dass sie, zumindest teilweise bei Bedarf wieder rückgängig gemacht werden. London ist der festen Ueberzeugung, dass der Westen nichts aktiv zum Entwicklungsprozess in Osteuropa beitragen kann. Wichtigste Waffe und Stimulus bleibe das Aufrechterhalten des wirtschaftlichen und politischen Erfolges des Westens.

KSZE:

London ist besorgt über die Vielzahl der Follow-Up-Konferenzen (Ueberbelastung des Arbeitspotentials). Eine Beschränkung auf 5 bis 6 solcher Konferenzen wäre notwendig. Eine Menschenrechtskonferenz in Moskau wird nach wie vor abgelehnt.

Bilaterale Beziehungen:

Diese werden beidseits als sehr gut bezeichnet. Die Besuchskontakte sind dieses Jahr besonders intensiv. R macht auf das anhaltende Problem der schleppenden Erledigung von Rechtshilfege-suchen in gewissen Kantonen aufmerksam und ersucht um die Fortsetzung der flankierenden Unterstützung durch die Bundesbehörden. SIN ruft das Problem der Anwendung des Immigration (Carriers Liability) Act 1987 durch die britischen Behörden in Erinnerung. Beidseits glaubt man, dass dieses Problem mit gutem Willen bei den britischen Behörden als auch seitens Swissair bald gelöst werden kann.

Gespräche von Botschafter J. Staehelin, begleitet
von Herrn Chr. Blickenstorfer, in Stockholm am 21.09.1988

Botschafter Jenö Staehelin, Chef der politischen Abteilung I, begleitet von Christian Blickenstorfer, stellvertretendem Chef der politischen Abteilung II, hielten sich am 20./21.09.1988 in Stockholm auf. Sie führten ein Gespräch mit Pierre Schori, Staatssekretär im Aussenministerium; eine längere Diskussion fand statt mit einer schwedischen Delegation geleitet von Unterstaatssekretär Torsten Oern, Chef der politischen Abteilung im Aussenministerium. Die drei Hauptthemen umfassten (a) westeuropäische Zusammenarbeit, (b) das Verhältnis zu Osteuropa inkl. KSZE und (c) Regionalkonflikte in der 3. Welt inkl. UNO-peacekeeping. Staatssekretär Schori bestätigt, dass trotz dem erstmaligen Einzug der Grünen in den schwedischen Reichstag anlässlich der Parlamentswahlen vom 18.9., Sicherheits- und Integrationspolitik der Regierung, die ihre parlamentarische Mehrheit behaupten konnte, sich nicht verändern werden. Schweden glaubt nach einer ersten Prüfung, dass es drei Viertel der rund 300 EG-Binnenmarktresolutionen ohne weiteres übernehmen kann. Es will seine Offensive auf breiter Front, primär via EFTA, zur grösstmöglichen Symbiose mit der, aber ohne Beitritt zur EG, weiterführen. Die schweizerischen Erläuterungen zum Integrationsbericht des Bundesrates werden mit Interesse entgegengenommen; beide Seiten sind sich einig, die künftige Entwicklung in den EFTA Partnerländern Oesterreich und Norwegen genau zu verfolgen. Die Zukunft des Europarates wird von beiden Seiten als schwierig aber wichtig bezeichnet. Von schwedischer Seite wird der schweizerischen Formel, wonach der Europarat seine künftigen Prioritäten nolens volens primär mit Brüssel abzustimmen habe, beigespflichtet.

Beide Seiten glauben weiterhin an die Möglichkeit eines Abschlusses der KSZE-Folgekonferenz von Wien noch dieses Jahr. Oern, bis vor einem Jahr schwedischer Botschafter in Moskau, fügt einige Überlegungen zur neuen Politik der Sowjetunion an. Der Erfolg von Perestroika und Glasnost, damit auch das politische Schicksal von Gorbatschew, wird letztlich in den sowjetischen Lebensmittelläden entschieden. Dort indes, ist nach mehr als drei Jahren noch kein Zeichen von Veränderungen sichtbar; nun geht aber auch die Geduld des russischen Publikums einmal zur Neige. So gesehen glaubt Oern nicht, dass bei der Erneuerung der sowjetischen Politik bereits ein "point of no return" überschritten worden ist.

Was Regionalkonflikte anbelangt, kommen Korea, Afghanistan, Iran/Irak und Namibia zur Sprache. Blickenstorfer legt anschliessend die Grundzüge der Erweiterung in der schweizerischen Politik der guten Dienste und der Friedenssicherung dar. Praktische Aspekte in der reichen schwedischen Erfahrung mit UNO-peace-keeping werden anlässlich eines Besuches von Minister Walter Gyger in Stockholm am 10./11. Oktober 1988 weiter vertieft werden.

Besuch von Botschafter Pierre-Louis Girard in Teheran

Vom 14. - 17. September besuchte Botschafter Girard den Iran im Rahmen regelmässiger bilateraler Kontakte. Er führte dabei Gespräche mit den Industrie- und Handelsministern sowie stellvertretenden Aussen-, Handels- und Industrieministern.

Die schweizerische Delegation wurde generell sehr gut empfangen. Die iranische Aufmerksamkeit für diesen Besuch manifestierte denn auch die guten bilateralen Beziehungen sowie den entsprechend grossen good-will, über den die Schweiz in Teheran verfügt.

Laut Vizeausserminister Larijani habe der Iran in der Aussenpolitik zwei Betrachtungsweisen. Regionalpolitisch strebe der Iran eine Zusammenarbeit mit allen Golfstaaten sowie ein kollektiv abgestützter Friede ab. Die Golfregion brauche keinen von aussen kommenden "Gendarmen". Laut Larijani werde die iranische Aussenpolitik von folgenden fünf Prinzipien geleitet: 1) Sicherheit als eine regionale Angelegenheit, 2) Wahrung der territorialen Integrität trotz bestehenden Unklarheiten über Grenzverläufe, 3) Nichteinmischung, 4) Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsentwicklung, 5) gemeinsame Massnahmen zur Wahrung der regionalen Sicherheit. In der globalen Aussenpolitik wolle der Iran sich nicht isolieren und erst recht nicht ein zweites Albanien werden. Der Iran sei bereit, mit allen Ländern zu verkehren, vorausgesetzt, man respektiere die Verhältnisse in seinem Land und mische sich nicht in inneriranische Angelegenheiten ein. Auch dürfe der Iran nicht für die Durchsetzung seiner revolutionären, innenpolitischen Ideen bestraft werden. Auch mit den USA könnte ein neuer Anfang gemacht werden, wenn diese ihre Paranoia überwinden könnten. Teilweise sei das Problem auch entstanden, weil der "fervour against the USA" seinerzeit innenpolitisch ausser Kontrolle geraten sei; heute sei die Kontrolle gewährleistet. Entgegen dem im Westen verbreiteten Eindruck seien die iranischen Aussenbeziehungen heute diversifizierter als noch vor der Revolution, sei doch heute die Anzahl der Botschaften um rund ein Viertel höher.

Nach der Einstellung der Feindseligkeiten im iranisch-irakischen Krieg kamen in der westlichen Presse Mutmassungen über einen gleichsam unmittelbar einsetzenden Wirtschaftsboom mit entsprechend grossen Geschäftsmöglichkeiten der ausländischen Handelspartner, darunter auch die Schweiz, im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau in den beiden Ländern auf. Eine nüchterne Analyse der Lage bestätigt diese hochgeschraubten Erwartungen nicht. Zu vieles ist noch ungewiss, um kurz- und mittelfristige Perspektiven erkennen zu lassen. Auch die iranischen Gesprächspartner machten wiederholt darauf aufmerksam, dass vor einer eigentlichen Planung

des Wiederaufbaus wichtige Grundsatzfragen entschieden werden müssten (z.B. Rolle der Privatwirtschaft, Bedeutung der Importsubstitution, etc.). Für viele Wirtschaftsverantwortliche kam der Waffenstillstand offensichtlich überraschend. Die damit notwendig gewordene Neufestsetzung der Prioritäten wird durch aussenpolitische und militärische Ungewissheiten sowie die innenpolitische Lage ausserordentlich erschwert. Der Meinungsbildungsprozess ist in vollem Gange. Grosses Gewicht kommt dabei auch der künftigen Entwicklung des Oelpreises zu, der sich zunehmend abschwächt. Rund 90 % der Deviseneinnahmen des Iran werden von den Oelausfuhren bestritten.

Der Aufenthalt in Teheran schloss auch einen Besuch der Teheraner Herbstmesse, an der über 40 Schweizerfirmen teilnahmen, ein. Der "Schweizer-Tag" mit dem von der Botschaft und der OSEC organisierten Empfang wurde sehr gut besucht. Das iranische Fernsehen und Radio interviewten Botschafter Girard; an der Pressekonferenz nahmen rund ein Dutzend Journalisten teil. Laut Firmenvertretern sei der Geschäftsverlauf gut gewesen, eine boomartige Entwicklung wird aber kurzfristig nicht erwartet.

32. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), wien, 19.-23. september 1988. Leiter der schweizer Delegation: Professor C. Zangger.

Die 32. Generalkonferenz der IAEA bestätigte, dass die Agentur gestärkt aus den Tschernobyl-Erfahrungen hervorgegangen ist. Die Mitgliedstaaten begrüsst die Tatsache, dass sie zusätzlich zu ihrer bisherigen Kontrollfunktion eine aktivere Rolle im Bereich der nuklearen Sicherheit übernommen hat, und unterstrichen die Notwendigkeit für eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich. Gewürdigt wurden ausserdem die Bemühungen von Generaldirektor Blix, den positiven Beitrag, den die Kernenergie zur Lösung der Umweltprobleme leisten kann, ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.

Im Falle Südafrikas wurde ein Antrag auf Suspendierung der Mitgliedschaftsrechte erwartet, nachdem die kurz vor der Generalkonferenz durchgeführten Konsultationen betreffend einen Beitritt zum Atomsperrvertrag ohne Entscheid geblieben sind. Aus Rücksicht auf die im Gang befindlichen Namibia-Verhandlungen und wohl unter Einfluss der eher nachsichtigen Haltung der Sowjetunion entschlossen sich die afrikanischen Staaten einmal mehr dazu, den Entscheid über die Suspendierung auf die nächste Generalkonferenz zu verschieben. Eine entsprechende Resolution wurde mit 59 Ja- gegen 27 Neinstimmen bei 4 Enthaltungen eher knapp angenommen.

Die Resolution betreffend die nukleare Bedrohung Israels, welche die gewohnten Forderungen nach Unterstellung aller nuklearen Aktivitäten Israels unter IAEA-Kontrolle verlangte, wurde mit 44 gegen 29 Stimmen bei 11 Enthaltungen genehmigt. Die Gruppe der WEOG-Staaten stimmte mit Ausnahme der Türkei geschlossen gegen beide Resolutionen.

Verschiedene Vorstösse hatten zum Ziel, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit zu intensivieren. Eine auch von der Schweiz aktiv unterstützte Resolution zur Stärkung der Richtlinien betreffend die nuklearen Sicherheits-Standards (NUSS-Codes) wurde einstimmig angenommen. Auch der Frage der internationalen Haftung bei Nuklear-Unfällen soll weiterhin gebührende Beachtung geschenkt werden. Eine vom Rat einzusetzende Arbeitsgruppe wird im nächsten Jahr verschiedene damit zusammenhängende Aspekte studieren. Zur Verbesserung des internationalen Entschädigungssystems bei Nuklear-Unfällen wurde am 21. September 1988 von einer Bevollmächtigten-Konferenz ein gemeinsames Protokoll, das die beiden bestehenden Haftpflicht-Konventionen von Paris und Wien miteinander verbindet, verabschiedet und - auch von der Schweiz - unterzeichnet.

Die grenzüberschreitende Entsorgung von nuklearen Abfällen bildete ein von Nigeria eingebrachtes Diskussions-Thema. Die nach intensiven Konsultationen von westlichen und afrikanischen Staaten gemeinsam vorgelegte und im Konsens angenommene Resolution stipuliert insbesondere die Einsetzung einer Expertengruppe mit dem Ziel, auf der Grundlage bestehender nationaler und internationaler Vorschriften, internationale Richtlinien für Nuklear-Transporte zu erarbeiten.

Die Generalkonferenz hat ausserdem neue Mitglieder in den Gouverneursrat gewählt. Die Schweiz wird nächstes Jahr einen designierten Sitz im Rat einnehmen. Das verabschiedete Budget für 1989 sieht Ausgaben von 157 Mio. \$ vor, was nahezu einem realen Nullwachstum entspricht. Der Zielbetrag für freiwillige Beiträge für technische Hilfe wurde auf 42 Mio. \$ erhöht.

Comité mixte AELE-Yougoslavie

Le Comité mixte AELE-Yougoslavie s'est réuni à Graz, les 22 et 23 septembre 1988, sous la présidence du Ministre autrichien de l'économie, R. Graf. La délégation yougoslave était conduite par le Ministre O. Kovac, Membre du Gouvernement fédéral, alors que la délégation suisse l'était par l'Ambassadeur S. Arioli.

Le chef de la délégation yougoslave a présenté l'état de l'économie de son pays. Il a mis en évidence les principaux problèmes du moment : instabilité, recul de la croissance économique (diminution de la production industrielle et agricole, réduction de la productivité du travail), inflation (quelque 100 % pour les 8 premiers mois 1988), etc. M. Kovac (K) a souligné l'amélioration de l'état de la balance des paiements courants due principalement à une réduction du déficit de la balance commerciale et à de bons résultats dans les domaines du tourisme et des transports.

Tout en rappelant les mesures prises en mai 88 par ses autorités, au titre du programme économique arrêté avec le FMI, K a présenté le plan de réformes, notamment constitutionnelles, qui devrait être décidé par le Parlement d'ici novembre 1988. Ces réformes se fixent pour objectif la mise en place d'un concept basé sur les principes de l'économie de marché. Ce concept devrait améliorer l'efficacité de l'économie yougoslave grâce à une autonomie croissante des firmes et à une concurrence stimulatrice entre agents économiques. Ces réformes ne devraient toutefois pas mettre en cause les principaux fondements, notamment en matière de propriété, du système socialiste auto-gestionnaire propre à la Yougoslavie.

Les pays AELE ont fait valoir que ces réformes sont une condition déterminante pour le développement de la coopération économique avec la Yougoslavie.

Se penchant sur les domaines de coopération relevant de la Déclaration ministérielle de Bergen (1983) - promotion commerciale, coopération industrielle, tourisme et transport -, les membres du Comité mixte ont examiné les travaux en cours. Plusieurs délégations ont déploré le manque de résultats d'une coopération qui aujourd'hui est pratiquement en veilleuse. Dans le domaine de la promotion commerciale, le Comité a décidé un certain nombre d'activités principalement l'organisation d'une "Business Conference", dont la tenue a déjà été reportée à plusieurs reprises, ainsi qu'une nouvelle participation de l'AELE à la Foire commerciale de Zagreb. Dans les autres domaines de coopération, l'activité du Comité se réduira à l'organisation d'un voyage d'études sur les possibilités de la Yougoslavie en matière de tourisme nautique. Il a été convenu de traiter le domaine des transports dans un cadre européen plus large que celui de l'AELE, notamment la CEMT. Les participants ont pris note avec satisfaction du développement des relations commerciales entre l'AELE et la Yougoslavie en 1987, début 1988. Ce développement favorable ne se reflète pas dans les échanges commerciaux de la Suisse avec la Yougoslavie. Tout au plus, on enregistre une diminution du déficit commercial de notre partenaire due essentiellement à une contraction des exportations suisses.

Le point le plus délicat de cette réunion, qui suscitait la controverse, était celui de la coopération future entre pays AELE et la Yougoslavie. Après la proposition informelle faite par les autorités yougoslaves, en octobre 1987, d'un accord avec l'AELE s'inspirant de celui conclu par la Yougoslavie avec la CEE, en 1980, les pays AELE (Tampere, juin 1988) se sont déclarés prêts à examiner l'éventualité d'un accord de libre-échange conforme aux dispositions du GATT, notamment en matière de réciprocité. Fort de l'acceptation de la Yougoslavie pour une telle solution, un Groupe de travail AELE a commencé cet examen, fin août.

Compte tenu des nombreux problèmes à l'étude que soulève un accord de libre-échange avec la Yougoslavie, conforme au GATT, les pays de l'AELE ont refusé d'entamer une discussion à Graz sur ce sujet. La délégation yougoslave a accepté de se contenter de prendre note des travaux internes en cours au sein de l'AELE tout en soulignant l'intérêt des autorités de Belgrade pour conclure un arrangement avec l'AELE, dans les meilleurs délais possibles.

Deux groupes de pays s'affrontent au sein de l'Association : d'une part, un groupe - Suisse, Finlande et, certainement, Suède - estime qu'un accord de libre-échange avec la Yougoslavie n'est pas réalisable en raison notamment des systèmes économiques en présence, du cas de précédent qu'il implique (entre autres en matière d'application de notre schéma de préférences tarifaires en faveur des pays en développement), des travaux de l'Uruguay-Round et de la quasi-impossibilité de la part de la Yougoslavie, vu sa situation et ses difficultés actuelles, d'accorder aux pays de l'AELE des concessions dans un délai raisonnable, élément essentiel à l'égard du GATT.

D'autre part, un second groupe de pays - constitué de l'Autriche et de la Norvège - se déclare partisan d'un accord de libre-échange avec la Yougoslavie même si celui-ci doit impliquer des conséquences, en particulier le non-respect des dispositions du GATT (art. XXIV). Ces pays justifient leur attitude par l'appui - non seulement économique mais également politique - qu'un tel accord ne manquerait pas d'apporter aux autorités yougoslaves en place.

Les travaux sur ce sujet seront poursuivis à l'AELE avec pour objectif la remise d'un rapport aux Ministres en prévision de leur prochaine réunion (fin novembre 1988). A cet occasion, ceux-ci devraient être appelés à trancher sur la question d'un accord de libre-échange.

Comité Mixte Recherche Suisse/Communauté

Le Comité mixte recherche Suisse/Communauté s'est réunie pour la troisième fois à Bruxelles le 21 septembre 1988. La délégation suisse était conduite par Monsieur l'Ambassadeur Bénédicte de Tscharnner, Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes, celle de la CEE par Monsieur Charles Maisonnier, Directeur à la DG XII. Le Comité a pris note avec satisfaction que deux accords de coopération dans le domaine de la recherche sur le bois en tant que matière première renouvelable et sur les matériaux avancés seront signés prochainement. Il a brièvement passé en revue les derniers développements en matière de R et D des deux Parties ainsi que de la coopération déjà existante dans les domaines tels que l'environnement, les matériaux, les télécommunications, les technologies de l'information, la gestion des déchets radioactifs, etc. En outre, le Comité a examiné en détail la possibilité concrète d'élargir la coopération aux domaines de recherche couverts par certains programmes communautaires, par exemple, la stimulation des coopérations internationales et des échanges nécessaires aux chercheurs européens (SCIENCE), la recherche médicale et la santé, la métrologie appliquée, l'informatique appliquée aux secteurs du transport routier (DRIVE), de l'apprentissage (DELTA) et de la médecine (AIM), les technologies industrielles (BRITE), etc.

Les deux délégations se sont félicitées de l'excellente atmosphère et de l'esprit de coopération qui ont marqué la réunion.

1.A.22.14.7.3.-CB/BNO

SWI 27. Sept. 88 - 12

Interne Verteilerliste

Betrifft: **IH 38/88**

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiter	Frau Hanselmann	
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Barras	BF
Protokoll	Botschafter Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Faivet	LA FB
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggli	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals Personalsektion	Hr. von Graffenried Hr. Kaiser/Hr. Reich	GRP KA/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Stellvertr. Direktor	Botschafter Staehelin Hr. Wilhelm	SFR WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland Vizedirektor	Hr. Bill Hr. Giovannini Hr. Högger	BH GI HL
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten Sektion human. Nahrungsmittelhilfe Integrationsbüro EDA/EVD	Hr. Leuzinger Hr. Pasquier Frau Schelling R. Minister Kellenberger	LP PA SGR Ke